

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hinweis in eigener Sache: Da das Team der NachDenkSeiten sich heute zu einer Redaktionsklausur trifft, fallen die Hinweise des Tages II aus.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Ölkonzern TotalEnergies rechnet mit Gewinnsprung durch Irankrieg](#)
2. [„Steuerparadies für Großerben“: BSW will Milliarden-Erlass für Firmenerben kippen](#)
3. [Merz und die Mission Rotstift](#)
4. [Trotz Angriffen und Sanktionen: Moskau steigert Öl- und Gaseinnahmen](#)
5. [Wirtschaftswachstum in den USA verdankt sich fast ausschließlich dem Ausbau der Künstlichen Intelligenz](#)
6. [Das Kerosin wird knapp](#)
7. [„Hüseyin Dogru](#)
8. [Berliner Mieterverein legt 10-Punkte-Plan Wohnen vor: „Ins Handeln kommen“](#)
9. [VW-Arbeiter kommen in die Offensive](#)
10. [Machtkampf in der Fifa - Große Bescherung](#)
11. [Wie Staatssekretär Flasbarth im Ruhestand Kasse macht](#)
12. [Demokratieindex zeigt 44 Staaten auf dem Weg zur Autokratie](#)
13. [Todesrate bei jüngeren Amerikanern stieg in einem Jahrzehnt um 70 Prozent an](#)
14. [»Ein Regime, das Wahlen unterbinden muss, ist kein starkes«](#)
15. [Deutschland steigt wohl mit 50 Prozent beim Rüstungskonzern KNDS ein](#)
16. [Die folgenlose Redefreiheit](#)
17. [Die 20 größten Medienkonzerne der Welt: Wer Nachrichten, Fernsehen, Streaming, Musik und Social Media kontrolliert](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Ölkonzern TotalEnergies rechnet mit Gewinnsprung durch Irankrieg**

Die gesamte Wirtschaft leidet unter hohen Energiepreisen? Nein, es gibt auch Profiteure der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. So rechnet der Ölkonzern TotalEnergies mit einem Rekordergebnis. [...]

Die Raffineriemarge dürfte sich im Vergleich zum Vorjahr fast vervierfacht haben,

teilte das Unternehmen mit. TotalEnergies erwarte für das abgelaufene Quartal eine Marge von 33,2 Dollar je Barrel, nach 8,4 Dollar je Barrel im Vorjahreszeitraum. Zudem verzeichnete das Unternehmen eine »überdurchschnittliche Entwicklung« im Handel mit Gas und Flüssiggas.

Quelle: [SPIEGEL](#)

Anmerkung Jens Berger: Auf die Hintergründe bin ich im Artikel [„Benzinpreis-Wut in Deutschland – Warum die Kritik an Steuern und Abgaben am Problem vorbeigeht“](#). Die im Artikel genannte Raffineriemarge von 33,2 Dollar wird im Artikel so beschrieben:

Während das Bundeskartellamt vor allem die Preise an den Tankstellen beobachtet, entstehen die wirklich großen Gewinne weiter vorn in der Wertschöpfungskette. Wenn beispielsweise eine Raffinerie den Preis für Diesel erhöht, obwohl sich weder die Rohstoffkosten noch die Betriebskosten verändert haben, entsteht eine zusätzliche Marge. In der Branche nennt man diese Differenz den „Crack Spread“. Gerade in Krisenzeiten wächst dieser Spread oft massiv.

Es kann also kein Politiker oder Journalist nun überrascht sein. Genau dieser Entwicklung war vorherzusehen. Und die Lösung hatte ich damals auch gleich mitgeliefert:

Wenn Raffinerien aufgrund ihrer Größe ohnehin ein strukturelles Oligopol darstellen, stellt sich daher eine grundsätzliche Frage: Sollten sie überhaupt in privater Hand gewinnorientierter Konzerne liegen? Ohne tiefgreifende Eingriffe – etwa eine Zerschlagung der vertikal integrierten Ölkonzerne oder eine Vergesellschaftung der Raffinerien – wird sich an den strukturellen Problemen dieses Marktes kaum etwas ändern.

Diesen Weg wird die Politik aber nicht gehen. Stattdessen senkt man die Steuern und die Konzerne schlagen dieses „Geschenk“ in Teilen am nächstens Tag auf die internen Verrechnungspreise innerhalb der vertikalen Wertschöpfungskette. Der Autofahrer zahlt fast genau so viel und die Raffinieriemargen und andere Margen in dieser Kette steigen. Auch die Transportkosten haben sich in den letzten Quartalen massiv verteuert. Dazu wird demnächst ein Artikel auf den NachDenkSeiten erscheinen.

passend dazu: **Nur zwei Drittel des Tankrabatts kommen laut DIW bei Autofahrern an**

Seit Anfang Oktober soll eine Steuersenkung das Tanken günstiger machen. Doch Wirtschaftsforscher sehen Lücken bei der Weitergabe. Die Mineralölbranche widerspricht und verweist auf den Weltmarktpreis.

Quelle: [SPIEGEL](#)

2. **„Steuerparadies für Großerben“: BSW will Milliarden-Erlass für Firmenerben kippen**

In einem neuen Sieben-Punkte-Papier zur Reform der Erbschaftssteuer fordert das BSW höhere Abgaben auf große Vermögen und die Rückkehr der Vermögensteuer. In nur 34 Fällen haben die Finanzämter 2025 Steuern von 3,7 Milliarden Euro erlassen, rund 94 Prozent der eigentlich fälligen Steuer. Es ging jeweils um Firmenvermögen von mehr als 26 Millionen Euro, das vererbt oder verschenkt wurde. Das BSW will solche Erlasse abschaffen. Der Parteivorstand hat dazu ein Sieben-Punkte-Papier zur Erbschafts- und Vermögenssteuer beschlossen, das dieser Zeitung exklusiv vorliegt. Zeitgleich prüft das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die geltenden Regeln der Erbschaftssteuer.

Firmenerben sollen zahlen wie Aktienerben

Wer eine Firma erbt, soll künftig nach denselben Grundsätzen zahlen wie jemand, der ein Depot oder ein Mietshaus erbt. Die Verschonung großer Betriebsvermögen will das BSW komplett streichen. Ausgenommen bliebe nur das selbstgenutzte Wohneigentum.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

3. **Merz und die Mission Rotstift**

Friedrich Merz will den EU-Haushalt die nächsten Jahre schrumpfen sehen. Beim Gipfel in Brüssel zeigt sich: Der Widerstand dagegen wird groß sein. [...]

Der angezählte Kanzler, der in Berlin um sein politisches Überleben kämpft, will in Brüssel aufs Ganze gehen – und massive Kürzungen beim Mittelfristigen Finanzrahmen (dem EU-Budget) für die Jahre 2028 bis 2034 durchsetzen. „Der gegenwärtige Vorschlag liegt 50 Prozent über dem, was wir im laufenden Finanzrahmen finanzieren“, sagte Merz zu Beginn des zweitägigen Gipfels. Die fast 2 Billionen Euro, die die EU-Kommission für die kommenden sieben Jahre veranschlagt hat, seien völlig abwegig, so der Kanzler. Aber auch der gekürzte irische Kompromissvorschlag in Höhe von 1,826 Billionen Euro sei nicht tragbar. Merz sieht sich mit seiner Haltung allerdings großem Widerstand ausgesetzt. 17 Mitgliedstaaten haben sich gegen Kürzungen im Gemeinschaftsbudget ausgesprochen. Nur 6 Länder fordern, angeführt von Deutschland, harte Einschnitte. Allerdings sind sie sich nicht einig, wo sie den Rotstift ansetzen wollen.

Quelle: [Eric Bonse in der taz](#)

4. **Trotz Angriffen und Sanktionen: Moskau steigert Öl- und Gaseinnahmen**

Die russischen Steuereinnahmen aus Öl- und Gasverkäufen sind im Oktober schätzungsweise um 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen – auf rund eine Billion Rubel. Dies meldet die “Moscow Times” unter Verweis auf Reuters. Zwar sei die Produktion leicht gesunken, dafür sind aber die Weltmarktpreise gestiegen. Insgesamt liegen die Einnahmen aus fossilen Energien offenbar auf dem von Moskau erwarteten Level. Dies ist bemerkenswert – denn die EU und die Ukraine begründen ihre Sanktionen und Militärschläge mit dem Ziel, die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft zu drücken. Bemerkenswert ist auch, daß diese Einnahmen laut Reuters nur rund ein Fünftel der gesamten Staatseinnahmen ausmachen. Davon, daß Russland seine Kriegskasse mit Gas und Öl fülle, kann also nur sehr begrenzt die Rede sein. Letztlich widerlegen die Zahlen zwei immer wieder bemühte Mythen der westlichen Propaganda – pardon: unserer Qualitäts-Medien.

Quelle 1: [Lost in EUrope](#)

Quelle 2: [Moscow Times](#)

5. **Wirtschaftswachstum in den USA verdankt sich fast ausschließlich dem Ausbau der Künstlichen Intelligenz**

Vor allem dank wachsender Verschuldung gibt es in Deutschland mit vermuteten 1,3% ein höheres Wirtschaftswachstum als erwartet. Für die USA liegt es trotz der Eskapaden der US-Regierung unter Trump und einer enormen Staatsverschuldung mit 2,3% höher. Die Energiepreise sind deutlich niedriger, auch wenn sie durch den Krieg gegen den Iran in den USA in die Höhe gingen, vornehmlich sind es die Investitionen in Rechenzentren und KI, die das BIP ansteigen lassen.

Schaut man sich die Situation näher an, wird die Unwucht in den USA allerdings deutlich. Sie zeigt das Risiko des vornehmlich durch Investitionen in KI getriebenen Wachstums, das Präsident Trump mit allen Kräften fördert. Nach Daten von Ökonomen der Harvard Kennedy School ist besonders auffällig, wie Derek Thompson herausgearbeitet hat, wie stark der Bau von Rechenzentren angestiegen ist, der in den USA allerdings auch zu einer Protestwelle geführt hat (Maschinensturm gegen KI-Rechenzentren).

Sieht man sich die von ihm veröffentlichte Grafik an, wird die einseitige Entwicklung überdeutlich. Der Bausektor ist für das gesamte Wirtschaftswachstum ein wichtiger Faktor. 2026 sind die Ausgaben für den Bau von Rechtenzentren bis August um mehr als 60 Prozent gewachsen. Nur noch die Ausgaben für Energie, die auch mit Rechenzentren verbunden sind, liegen mit 4% im positiven Bereich. In allen anderen Sektoren wie dem Neubau von Mehrfamilienhäusern, von Gebäuden im Gesundheitswesen, im Bildungsbereich oder für den Einzelhandel oder Büros brachen

die Ausgaben ein. In der Industrie, die Trump besonders fördern wollte, schrumpften die Ausgaben für Neubauten mit fast 24 Prozent am stärksten. Eine Folge der explodierenden Bauprojekte für KI ist, dass Arbeitskräfte kurzfristig von anderen Branchen abgezogen werden.

Quelle: [Overton](#)

6. **Das Kerosin wird knapp**

Die Treibstoffversorgung am größten deutschen Flughafen in Frankfurt ist eingeschränkt. Auch die Trockenheit trägt dazu bei. [...]

Zu den Modalitäten ihrer Treibstoffbeschaffung äußert sich die Fluggesellschaft nicht weiter. Die Nachrichten aus Frankfurt dürften aber im Zusammenhang mit der allgemein angespannten Lage auf dem Markt der sogenannten Mitteldestillate stehen. Das sind die Fraktionen des Rohöls, die zwischen dem leichten Benzin und dem Schweröl stehen. Zu diesen zählen neben dem Kerosin auch der Diesel und das Heizöl. Die Mitteldestillate sind in Europa derzeit besonders knapp, was sich auch daran zeigt, dass ihr Preis zuletzt deutlich stärker gestiegen ist als der Weltmarktpreis von Rohöl. An den Tankstellen reflektiert der Dieselpreis die knappe Versorgungslage: Der Liter Diesel ist inzwischen teurer als der Liter Benzin, obwohl die Mineralölsteuer für Diesel geringer ist.

Insbesondere die europäische Energiebörse ICE spiegelt die Knappheiten wider: Der Terminkontrakt für Diesel und Mitteldestillate (Low Sulphur Gasoil Future) stieg in den vergangenen Monaten deutlich stärker als der Preis für Rohöl. Anfang des Jahres notierte die Tonne noch bei rund 600 Dollar, inzwischen kostet sie mehr als 1.400 Dollar. Während der Rohölpreis sich aktuell etwa auf dem Niveau von März befindet, stieg der Index für Mitteldestillate seither um mehr als 50 Prozent.

Quelle: [taz](#)

7. **Hüseyin Dogru**

Der EU-Rat hat mir einen Brief mit seiner Entscheidung geschickt, die Sanktionen gegen mich NICHT aufzuheben. Das bedeutet mindestens noch ein weiteres Jahr unter Sanktionen.

Die Gründe, die sie angeben, sollten eine Warnung für alle sein über die Richtung, in die der europäische Autoritarismus geht.

Quelle: [Hüseyin Dogru via X](#)

8. **Berliner Mieterverein legt 10-Punkte-Plan Wohnen vor: „Ins Handeln kommen“**

Am 20. September haben die Berliner:innen einen wohnungspolitischen Kurswechsel gewählt. Jetzt erwarten sie, dass die Gespräche ins konkrete Handeln führen.“, sagt Wibke Werner, Geschäftsführerin des Berliner Mietervereins. „Mit unserem 10-Punkte-Plan wollen wir den Parteien wieder die Dringlichkeit der Wohnungskrise vor

Augen führen.“

Der Berliner Mieterverein legt den sondierenden Parteien einen „10-Punkte-Plan Wohnen“ für die ersten 100 Tage der neuen Landesregierung vor. Damit appelliert der BMV, die wohnungspolitischen Verhandlungen wieder auf die konkrete Situation der Mieter:innen und die Wohnungskrise zu lenken. Neben zehn kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen enthält das Papier eine wohnungspolitische Agenda für die Legislaturperiode.

Quelle 1: [Berliner Mieterverein](#)

Quelle 2: [Der 10-Punkte-Plan \(PDF\)](#)

9. **VW-Arbeiter kommen in die Offensive**

Gegen Leisetreterei und Rüstungsproduktion: Bei Volkswagen melden sich »Gewerkschafter von unten« mit einem offenen Brief zu Wort

Lange haben die Gewerkschafter in den deutschen Industriekonzernen alles Mögliche hingenommen: Entgeltabschlüsse, die kaum die Preissteigerung ausgleichen, Arbeitszeitverlängerungen und Verzicht auf Sondervergütungen – wenn nur viele Stellen gesichert werden. Doch nun regt sich in Unternehmen der Automobilindustrie Widerstand von der Basis. Nach einer Protestresolution des Vertrauenskörpers bei Mercedes Untertürkheim haben sich Vertrauensleute und Betriebsräte aus Werken des Volkswagen-Konzerns zu Wort gemeldet.

Seit Monaten drohen die VW-Bosse mit dem Abbau Tausender Arbeitsplätze und der Schließung ganzer Werke. Die Kündigung der zentralen Tarifverträge Ende September durch die Geschäftsleitung und ihre Bereitschaft, Rüstungsgüter statt ziviler Automobile zu produzieren, scheint nun den innerbetrieblichen Widerstand voranzubringen.

Quelle: [Junge Welt](#)

10. **Machtkampf in der Fifa - Große Bescherung**

Vor der Sitzung des Fifa-Rats dürfen sich die Nationalverbände über Ausschüttungen in Rekordhöhe freuen. Präsident Infantino kämpft um seinen Posten. [...]

Auf dem Fifa-Kongress am 18. März in Rabat in Marokko stellt sich der Schweizer zur Wiederwahl. Bis zum 18. November ist Zeit, eine Gegenkandidatur einzubringen. [...]

Am Mittwoch, just einen Tag vor der mit Spannung erwarteten Sitzung des 37-köpfigen Fifa-Rats, dem neun Uefa-Vertreter angehören, wurden wiederum Zahlen ganz anderer Art ins Spiel gebracht. Unter Berufung auf ein Fifa-Dokument berichtet die US-Nachrichtenagentur AP, der Weltverband wolle zwischen 2027 und 2030 rund 5,6 Milliarden Euro an seine Mitglieder verteilen. Die einzelnen Nationalverbände könnten mit rund 22,3 Millionen Euro rechnen. Was für eine Bescherung, welche die größten Infantino-Kritiker fast ein wenig lächerlich aussehen lässt. [...] Die Zustimmungswerte für Infantino, der derzeit ohnehin über eine komfortable

Machtbasis durch Unterstützer aus Afrika, Asien, Südamerika und Ozeanien verfügt, dürfte diese Nachricht nicht schmälern. In Erwartung der üppigen Zuwendungen wird sich das Feuer der Empörung wegen Infantinos eigenmächtigem Handeln nicht so leicht entfachen lassen.

Quelle: [taz](#)

11. **Wie Staatssekretär Flasbarth im Ruhestand Kasse macht**

Der Wechsel von Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth zu einer Klimastiftung ist fragwürdig. Wegen des Tempos – und der fürstlichen Vergütung.

Quelle: [SPIEGEL \(hinter Bezahlschranke\)](#)

Zusammenfassung: Umweltstaatssekretär Jochen Flasbarth (SPD) wechselt im Februar an die Spitze der finanzstarken European Climate Foundation. Seine Vorgängerin verdiente dort zuletzt rund 664.000 Euro jährlich. Zugleich sichert sich Flasbarth durch seinen vorzeitigen Ruhestand Pensionsansprüche von geschätzt mindestens 6.700 Euro monatlich. Kritiker bemängeln die kurze Karenzzeit und mögliche Interessenkonflikte: Das Umweltministerium förderte Projekte im Umfeld der Stiftung mit Millionenbeträgen, während Flasbarth dort Staatssekretär war. Ob er bereits während seiner Amtszeit über den Wechsel verhandelte, ist unklar.

12. **Demokratieindex zeigt 44 Staaten auf dem Weg zur Autokratie**

Deutschland gehört nach den aktuellen V-Dem-Daten nicht zu den 44 Staaten, die als autokratisierend eingeordnet werden. Diese Abgrenzung ist wichtig, weil ein wissenschaftlicher Index nicht dasselbe misst wie politische Stimmung, Unzufriedenheit oder das Gefühl vieler Bürger, dass sich das Land in eine ungünstige Richtung bewegt. Die Umfragedaten zeigen jedoch, warum der Befund gesellschaftlich trotzdem anschlussfähig ist. Im Deutschland-Monitor stimmen fast alle Befragten der Idee der Demokratie zu, aber nur 60 Prozent sind mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden. Zugleich sehen 71 Prozent eher eine negative Entwicklung der Demokratie in Deutschland. Damit entsteht kein Beleg dafür, dass Deutschland laut V-Dem bereits auf dem Weg zur Autokratie ist. Es zeigt aber, dass sich in der Bevölkerung zunehmend der Eindruck verbreitet, demokratische Verfahren würden ihre Probleme nicht mehr überzeugend lösen.

Diese Wahrnehmung ist für die politische Forschung relevant, weil demokratische Stabilität nicht nur durch Verfassungen, Gerichte und Wahlen entsteht. Sie hängt auch davon ab, ob Bürger Institutionen als handlungsfähig, fair und kontrollierbar erleben. Wenn Vertrauen sinkt, können autoritäre Deutungen leichter an Zustimmung gewinnen, selbst wenn die formalen demokratischen Strukturen weiter bestehen. Eine frühere Untersuchung zu politischem Misstrauen zeigte bereits, dass Misstrauen

gegenüber Politik eng mit populistischen Weltbildern verbunden sein kann. Der Demokratieindex erfasst diesen Stimmungswandel nicht direkt als Autokratisierung, ordnet ihn aber in ein größeres Muster ein: Demokratien geraten besonders dann unter Druck, wenn institutionelle Kontrolle, öffentliche Debatte und gesellschaftliches Vertrauen gleichzeitig schwächer werden. (...)

Anders als Deutschland wird Großbritannien im V-Dem-Bericht als neuer autokratisierender Staat genannt. Der Bericht führt das Land zusammen mit mehreren europäischen Staaten in der Gruppe neuer Fälle auf.

Quelle: [Forschung und Wissen](#)

13. **Todesrate bei jüngeren Amerikanern stieg in einem Jahrzehnt um 70 Prozent an**

Es sieht nicht gut aus in dem Land, das vom besten Präsidenten jemals regiert wird und wieder einem Goldenen Zeitalter entgegengeht, in dem die meisten Tech-Milliardäre leben und das von KI und Rechenzentren überzogen wird, das Billionen in Sicherheit investiert und daher seit Jahrzehnten gerne in Kriege zieht und in dem der amerikanische Traum wohnt. Es ist das Land, in dem die Lebenserwartung absinkt und die Todesraten für die Menschen zwischen 25 und 44 Jahren in die Höhe steigen, wie eine in The Milbank Quarterly veröffentlichte Studie von Steven H. Woolf von der Virginia Commonwealth University School of Medicine zeigt.

Nicht nur Corona spielte eine Rolle, wenn die Sterbefälle der 25-44-Jährigen zwischen 2010 und 2021 von 140 je 100.000 Menschen auf 239 angestiegen sind. Das sind über 70 Prozent mehr. Die Lebenserwartung sinkt entsprechend, wenn die Menschen früher sterben. In 60 Ländern ist das Risiko geringer, vor dem Alter von 40 Jahren zu sterben, als in den USA. Die USA, das eigentlich reichste Land mit dem größten BIP, fallen bei der Lebenserwartung auf den 38. Platz zurück. Sogar das BIP pro Kopf ist noch hoch, deutlich höher als in Deutschland. Aber es ist eine Klassengesellschaft, die den amerikanischen Traum kultiviert, weil die meisten unten bleiben – und viele früh sterben.

Quelle: [Florian Rötzer auf Overton](#)

14. **»Ein Regime, das Wahlen unterbinden muss, ist kein starkes«**

Die EU versprach Frieden, Demokratie und europäische Selbstbestimmung.

Herausgekommen sei ein autoritäres Gebilde, das seine Bürger entmachtet und Europa immer abhängiger von Washington macht, sagt der Journalist Thomas Fazi im Interview.

Der britisch-italienische Journalist Thomas Fazi beobachtet seit mehr als einem Jahrzehnt die Entwicklung der Europäischen Union und begleitet diese publizistisch. In seinem neu erschienenen Buch »Die Brüssler Tyrannei« kritisiert er die EU und zeigt auf, inwieweit der Prozess der Europäischen Einigung von Beginn an auf das

Monster zusteuerte, welches wir heute sehen: eine Union, in der Wahlen annulliert, Dissenten mit Sanktionen erstickt und die Völker kriegstüchtig gemacht werden. Roberto De Lapuente hat mit Thomas Fazi über sein Buch und seine Diagnose über den Zustand der EU gesprochen.

Quelle: [Overton](#)

15. **Deutschland steigt wohl mit 50 Prozent beim Rüstungskonzern KNDS ein**

Börsengang geplant, verschoben – und jetzt abgesagt: Der deutsch-französische Rüstungskonzern KNDS wird laut Medienberichten wohl zum Staatskonzern. Das Unternehmen produziert Panzer – auch in Kassel. [...]

Bislang gehört KNDS jeweils zur Hälfte dem französischen Staat und den deutschen Eigentümerfamilien Bode und Braunbehrens. Letztere wollen ihre Anteile schon länger veräußern. Laut dem Bericht wollen die Eigentümer ihren Anteil jetzt an die Bundesregierung verkaufen.

Der Konzern wäre dann ganz in staatlicher Hand, hälftig aufgeteilt zwischen Deutschland und Frankreich. Wann genau und für welchen Preis verkauft werden soll, ist wohl noch nicht klar.

Quelle: [Hessenschau](#)

16. **Die folgenlose Redefreiheit**

Man kann heute alles sagen, aber es juckt die Herrschenden nicht – soziale Medien wurden so zum Sicherheitsventil des Status quo.

Früher fürchteten Machthaber die freie Rede, weil aus Worten Bewegungen werden konnten. Heute kann jeder seine Empörung öffentlich herausschreien – jederzeit und vor einem Millionenpublikum. Doch was passiert, wenn Protest jederzeit möglich ist, aber kaum noch etwas bewirkt? Vielleicht liegt darin ein Paradox unserer Zeit, über das wir bisher zu wenig nachgedacht haben.

Quelle: [Manova](#)

17. **Die 20 größten Medienkonzerne der Welt: Wer Nachrichten, Fernsehen, Streaming, Musik und Social Media kontrolliert**

Wer ist der größte Medienkonzern der Welt? Nicht Disney, nicht Netflix und auch kein Zeitungsverlag. An der Spitze stehen Alphabet mit Google und YouTube, Meta mit Facebook und Instagram sowie ByteDance mit TikTok. Das zeigt, wie stark sich Medienmacht verschoben hat. Heute entscheidet nicht nur, wer Nachrichten, Filme oder Musik produziert. Entscheidend ist auch, wer Suche, Feeds, App Stores, Geräte, Werbeauktionen und Netze kontrolliert.

Das folgende Ranking ordnet die 20 weltweit größten Medien- und Wissenskonzerne nach ihrem medienrelevanten Umsatz im Jahr 2024. Dazu kommen ihre wichtigsten Marken, Gewinne und Verflechtungen sowie politische Konflikte und Probleme durch Marktkonzentration. (...)

Die Rangliste widerspricht dem alten Bild vom Medienkonzern als Sammlung von Zeitungen, Sendern und Filmstudios. Ein großer Teil der Macht liegt heute bei Unternehmen, die Aufmerksamkeit organisieren. Alphabet kontrolliert Google, YouTube und wichtige Teile der Werbung. Meta und ByteDance kontrollieren Feeds. Apple und Google bestimmen wichtige Zugänge zu Apps. Comcast und Charter besitzen Netze. Amazon und Microsoft verbinden Inhalte mit Cloud, Geräten und Plattformen.

Die vier größten Konzerne vereinen 50,8 Prozent des gesamten Medienumsatzes der Top 20. Die Top 10 kommen auf 82,3 Prozent. 13 der 20 Konzerne stammen aus den USA, vier aus China. Aus Europa schaffen es nur Bertelsmann und Spotify in die Top 20.

Für Medienvielfalt ist deshalb nicht nur entscheidend, wie viele Redaktionen oder Filmstudios es gibt. Wichtig ist auch, wer Inhalte verteilt, empfiehlt und finanziert. Ebenso entscheidend ist, welche Plattformen den Zugang zum Publikum kontrollieren.

Quelle: [Kontrast.at](https://www.kontrast.at)

Dazu: **Tageszeitungen in Österreich: Eigentümer und politische Ausrichtung**
Österreichs Medienlandschaft zeichnet sich durch eine geringe Pressevielfalt und eine enorme Konzentration am Tageszeitungs-Markt aus. Die wichtigsten Eigentümer der 12 noch bestehenden Tageszeitungen sind reiche Familien, Investoren und die katholische Kirche. Wir geben eine Übersicht über Eigentümer, politische Ausrichtung, Auflagenstärke, Reichweite und öffentliche Förderungen.

Quelle: [Kontrast.at](https://www.kontrast.at)